

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Biestelljährlicher Abonnementspreis 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Eitlich-Zweites)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verleihanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, Mittwoch, 6. Januar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der internationale Arbeitsmarkt im Jahre 1908. —
Arbeiterbeschäftigung in der Großindustrie. — Die sozialen
Zustände auf Sizilien. — Allgemeine Rundschau. — Tätig-
keitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. —
Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Der internationale Arbeitsmarkt im Jahre 1908.

Die Ungunst des internationalen Arbeitsmarktes,
die schon 1907 die meisten Industrieländer stark be-
schwerte, hat sich, wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“
nachweist, im Jahre 1908 nicht nur weiter verallge-
meinert, sondern auch in jedem einzelnen Lande noch
erheblich verschärft. Und wenn auch das Jahr 1908
insofern etwas weniger beängstigend schließt, als gegen
Jahreschluss da und dort sich schon eine leichte Er-
holung zeigte, so bleibt doch das Gesamtge-
präge des ganzen Jahres ein durchaus
ungünstiges. In den meisten Industrieländern
herrschte das ganze Jahr hindurch eine recht erheb-
liche Arbeitslosigkeit, die in Amerika am
frühhesten und gleich in ungewöhnlichem Umfang ein-
setzte, durch den Rückwandererstrom auch in den
europäischen Ländern gesteigert wurde, hier aber erst
im Laufe des Jahres zu einer bedrohlichen Höhe
anschwellte.

Wann besonders unerfreulich entwickelte sich
die Lage des Arbeitsmarktes in Großbritannien.
Obwohl der November noch eine leichte Abschwächung
der Arbeitslosigkeit gebracht hat, ist sie doch noch
immer beträchtlich höher als selbst im Januar und
Februar des Jahres. Auch die Spannung gegen-
über dem Vorjahre nahm im Verlaufe des Jahres
merklich zu. Von den verschiedenen Umständen und
Vorgängen, die die ungünstige Verfassung des briti-
schen Arbeitsmarktes herbeigeführt haben, seien hier
zunächst die zwei großen Arbeitskonflikte hervorzuheben,
die das Heer der Unbeschäftigten beträchtlich ver-
mehrten. Der eine war die Aussperrung auf den
Schiffswerften im Clyde-Distrikt, infolge
deren mehrere Monate lang ein völliger Stillstand
im Schiffbau herrschte. Die Arbeitslosigkeit in diesem
Gewerbe wurde während der Kampfzeit auf eine
ganz ungewöhnliche Höhe hinaufgetrieben; sie betrug
z. B. im Monat Mai 26,1 pSt. Der andere Arbeits-
konflikt, der das Gepräge des britischen Arbeits-
marktes ungünstig beeinflusste, war der Textil-
arbeiterstreik in Lancashire, der eine
hohe Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie zur
Folge hatte. Im allgemeinen war die Lage des
Arbeitsmarktes in der Textilindustrie aber noch nicht
einmal so schlecht wie im Eisenwerke. Nächste
dem Schiffbau stellten auch die Maschinenindustrie,
die Holzzeug- und die Rohisenindustrie ein hohes
Kontingenz zu der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die
Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen betrug
durchschnittlich nur 286 gegen 343 im vergangenen
Jahre. Gleichmäßig matt wie im Vorjahre war die
Bautätigkeit; sie nahm zwar nicht mehr weiter
ab, doch war sie bereits 1907 äußerst eingeschränkt
gewesen. Im Bergbau hielt sich die Arbeits-
losigkeit bis Mitte des Jahres noch auf relativ
befriedigender Höhe; doch verschlechterte sich im zweiten
Semester, als der deutsche Kohlenmarkt nachlassenden
Bedarf zeigte, die Situation im englischen Bergbau
wesentlich. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die
im Januar erst 2,0 pSt. betrug, stellte sich im No-
vember auf 4,1.

Nicht ganz so ungünstig war die Entwicklung
in Deutschland. Wie in Großbritannien ent-
fällt ein hoher Prozentsatz der Arbeitslosen auf das
Eisen-, Metall- und Maschinenge-
werbe; außerdem war auch im Baugewerbe und
den von diesem abhängigen Gewerben, sowie im
Handels- und Bekleidungsgebiete die Beschäftigungs-
gelegenheit ganz unzulänglich. Unter den ungelerten

Arbeitern bestand ein Beschäftigungsmangel, wie seit
vielen Jahren nicht mehr.

In den anderen wichtigen Industrieländern ent-
wickelte sich die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre
1908 überaus unruhig in der Weise, daß die Ungunst,
wenn auch langsam, zurückging. In Frank-
reich wies das erste Semester noch ein recht un-
bezüglichen Bild auf; die Arbeitslosigkeit, statt wie
gewöhnlich vom Winter zum Sommer abzunehmen,
war im Mai noch höher als im Januar; sie belief
sich auf 11,9 pSt., während sie im Januar 10,9 pSt.
betrogen hatte. Im Mai war aber der Tiefpunkt
der Konjunktur erreicht; von da ab ging die Ver-
schlechterung zurück. Die Zunahme der Arbeitslosen
gegenüber 1907, die im Mai 6,0 pSt. betragen hatte,
belief sich im Juli nur noch auf 2,0 pSt., im Oktober
auf 0,7 pSt. und im November war die Arbeits-
losigkeit mit 9,4 pSt. nicht höher als im November
1907. Der französische Arbeitsmarkt schließt das
Jahr 1908 also zweifellos mit einem be-
friedigenderen Gepräge ab, als er es
begonnen hatte. Wenn die Verschlechterung in
Frankreich mit dem Verlaufe des Jahres abnahm,
so ist dies hauptsächlich auf die Entwicklung in der
Textilindustrie zurückzuführen. Bis in den
Sommer hinein litt die französische Textilindustrie,
vornehmlich die Seidenindustrie, unter einer empfind-
lichen Depression. Mit dem Herannahen des Herbstes
aber besserte sich der Geschäftsgang merklich; die
Betriebsbeschränkungen konnten zum großen Teil
aufgehoben werden, so daß zahlreiche Arbeitslose
wieder Beschäftigung fanden. Im September wurde
aus der Seidenindustrie über eine Zunahme der
Arbeitsgelegenheit berichtet, die im Oktober merkliche
Fortschritte machte. Ungünstig war die Lage des
Arbeitsmarktes in der Metallindustrie, während
im Weinbau und im Baugewerbe während
der Saison durchaus genügende Arbeitsgelegenheit
vorhanden war.

Auch in Belgien zeigt die Konjunkturkurve
am Jahreschlusse wieder nach oben. Im Januar
belief sich die Arbeitslosigkeit in Belgien auf 12 pSt.,
oder 9,5 mehr als 1907; im November betrug sie nur
noch 5,6 pSt. oder 2,6 mehr als im Vorjahre. Es
ist also nicht allein die Arbeitslosigkeit an und für sich
beträchtlich zurückgegangen, sondern auch die Verschle-
terung gegenüber dem Vorjahre ist sehr herabgemindert.
Die Lage des Arbeitsmarktes in Belgien war aber
in den einzelnen Industrien sehr verschieden. Die
Eisenindustrie wies das ganze Jahr hindurch
nur ungenügende Beschäftigungsgelegenheit auf, die
mit dem Vorläufe des Jahres noch weiter abnahm.
Besonders in der Rohisenindustrie fehlte es in der
zweiten Hälfte in zunehmendem Grade an Arbeit;
Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen ver-
mehrten das Heer der Beschäftigungslosen. In der
Textilindustrie dagegen vollzog sich eine ähn-
liche Entwicklung wie in Frankreich und Deutschland;
bis zum Herbst bestand eine empfindliche Depression,
die aber da in einer Belebung Platz machte. Un-
befriedigend gestaltete sich die Arbeitslosigkeit im
Bergbau; besonders von August ab, wo auch am
deutschen Kohlenmarkt die ersten Anzeichen des Rück-
gangs zu bemerken waren, nahm die Arbeitsintensität
im belgischen Bergbau sichtlich ab.

In den Vereinigten Staaten von
Amerika endigte das Verschlechterung
gegenüber dem Vorjahre zwar nicht wesentlich zurück,
doch erfuhr sie andererseits keine Zunahme mehr.
Die Prozenziffer der Arbeitslosen, die im Januar
8,8 pSt. oder 6,5 mehr als im Januar 1907 betrug,
stellte sich im September auf 8,4 pSt. oder 6,2 mehr
als im Vergleichsmonat 1907. Im August, wo die
Arbeitslosigkeit in den beiden letzten Jahren den
Höhepunkt erreichte, hat das Mehr gegenüber dem
Vorjahre sogar nur 3,8 betragen. Die niedrigste
Arbeitslosigkeit brachte wie 1907 der Monat Juni,
in dem sie 4,1 pSt. betrug. Der Umstand, daß die

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten noch das
ganze Jahr 1908 hindurch auf ziemlich hohem Stande
verharrete, erklärt sich daraus, daß in der Eisen-
industrie umfangreiche Betriebsbeschränkungen
vorgenommen und aufrechterhalten wurden, auch bis
zum Herbst noch immer Arbeiterentlassungen vor-
kamen. Erst vom Herbst ab wurden Anlässe einer
Besserung deutlich erkennbar. Die leichte Belebung,
die sich auch im Beschäftigungsgrad der weiterver-
arbeitenden Industriezweige in letzter Zeit zeigte, war
indes noch nicht stark genug, um das Gesamtgepräge
schon merklich glänzt, er zu gestalten. Im Textil-
gewerbe machte die empfindliche Stagnation im
Herbst einer Besserung Platz. Bergbau und
Bautätigkeit wiesen am Jahreschlusse noch einen
sehr erheblichen Grad von Mattigkeit auf. Innerhalb
trifft es gerade auf Amerika zu, daß das Ende
des Jahres trotz seiner Ungunst unter
freundlicheren Ausblicken steht als der
Anfang, der unter dem Eindruck des jähren
Rückgangs die schlimmsten Befürchtungen ausgelöst
hatte.

Arbeiterbeschäftigung in der Großindustrie.

Seit mehreren Jahren schon hat der Gewer-
verein der Deutschen Maschinenbau- und Metall-
arbeiter seine Aufmerksamkeit den Verhältnissen in
den Hütten- und Walzwerken, den Hochöfen und ähn-
lichen Betrieben zugewandt. In mehreren Konferenzen
mit Arbeitern, die in solchen Betrieben beschäftigt
sind, wurde reichhaltiges Material gesammelt, das
später, auf einer Bochheimer Veranlassung, der Öffent-
lichkeit übergeben wurde. Geradezu unumstößliche Zu-
stände wurden darin zutage gefördert und damit die
Notwendigkeit geistig-beruflicher Maßnahmen überzeugend
dargetan. Andere Organisationen folgten dem Ge-
werkeverein der Maschinenbauer, der Reichstag förderte
diese Bestrebungen durch eine Resolution, so daß
schließlich auch die maßgebenden Behörden nicht mehr
umhin konnten, die Arbeitsverhältnisse in der Groß-
eisenindustrie einer gründlichen Prüfung zu unter-
ziehen. Das preussische Handelsministerium heran-
stallte zunächst im Jahre 1907 Erhebungen über
einzelne Fragen des Arbeitsverhältnisses in der Hütten-
industrie und berief weiter im März 1908 Vertreter
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Konferenz
nach Berlin, an der auch mehrere unserem Gewer-
verein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ange-
hörende Arbeiter teilnahmen.

Als das Ergebnis aller dieser Arbeiten darf
man eine Bundesratsverordnung betrachten, die vom
19. Dezember 1908 datiert und mit dem 1. April d. J.
in Kraft treten soll. In ihren wichtigsten Punkten
lautet sie:

§ 1.

Die nachstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf
die folgenden Werke der Großindustrie:

Hochöfenwerke, Hochöfen- und Röhren-
gießereien, Stahlwerke, Puddelwerke,
Hammerwerke, Brechwerke und Walz-
werke.

Sie finden Anwendung auf alle Betriebsabteilungen
dieser Werke einschließlich derjenigen Reparaturwerkstätten
und Nebenbetriebe, die mit ihnen in einem unmittelbaren
betriebstechnischen Zusammenhange stehen.

§ 2.

Alle Arbeiter, die über die Dauer der regelmäßigen
täglichen Arbeitszeit (§ 134 b Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbe-
ordnung) hinaus — das ist über die in der Arbeits-
ordnung als regelmäßige tägliche Zeit hinaus — beschäftigt
werden, sind mit Namen in ein Verzeichnis einzut-
tragen, das für jeden einzelnen über die Dauer der regel-
mäßigen täglichen Arbeitszeit und der Überstunden, die er
an den einzelnen Tagen geleistet hat, genau Auskunft
gibt. Das Verzeichnis ist nach dem Schlusse jedes Monats
der Ortsverbände einzuweisen. Der höchsten Verwal-
tungsbehörde bleibt es vorbehalten, nähere Bestim-
mungen über seine Form zu erlassen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag die- jenigen Unternehmer von der Führung dieses Verzeichnisses befreien, welche die Lohnlisten nach einem vorgeschriebenen Muster führen lassen, ihre Einsicht dem im § 139 b der Gewerbeordnung bezeichneten Beamten jederzeit gestatten und ihm die von der höheren Verwaltungsbehörde be- zeichneten Auszüge aus den Lohnlisten einreichen.

§ 3.

In allen Schichten, die länger als acht Stunden dauern, müssen jedem Arbeiter Pausen in der Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden gewährt werden. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde kommen auf diese Pausen nicht in Anrechnung. Sit jedoch in einzelnen Betriebsabteilungen die Arbeit naturgemäß mit zahlreichen, hinlängliche Ruhe gewährenden Unterbrechungen verbunden, so kann die höhere Verwaltungsbehörde für eine solche Betriebsabteilung auf Antrag unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestatten, daß diese Arbeitsunterbrechungen auch dann auf die zweifelhafte Gesamtdauer der Pausen in Anrechnung zu bringen sind, wenn die einzelnen Unterbrechungen von kürzerer als einviertelstündiger Dauer sind.

Eine der Pausen (Mittags- oder Mitternachtspause) muß mindestens eine Stunde betragen und zwischen das Ende der fünften und den Anfang der neunten Arbeitsstunde fallen. In Fällen, wo dies die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter geboten erscheinen lassen, kann die höhere Verwaltungsbehörde auf besonderen Antrag unter Vorbehalt des Widerrufs gestatten, daß diese Pause — unbeschadet der Gesamtdauer der Pausen von zwei Stunden — auf eine halbe Stunde beschränkt wird.

Wenn Rücksichten auf die Arbeiter dies geboten erscheinen lassen und die Schicht nicht länger als 11 Stunden dauert, kann die höhere Verwaltungsbehörde in gleicher Weise gestatten, daß die Pausen auf eine Stunde beschränkt werden.

Soweit dies zur Vermeidung von Betriebsgefahren nötig und die Einstellung von Ersatzarbeitern mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, können die Arbeiter angehalten werden, während der Pause in der Nähe der Arbeitsstätte zu bleiben, um in dringenden Fällen zur Hilfeleistung bereit zu sein.

Ein weiterer § 4 bestimmt, daß vor Beginn der in der Arbeitsordnung festgesetzten regelmäßigen täglichen Arbeitszeit für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden liegen muß. Diese Bestimmung soll jedoch auf die Regelung der Wechselshiften keine Anwendung finden.

Ausgenommen von der Verordnung sind nur Arbeiten, die in Nothfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen, doch ist der Ortsbehörde davon binnen 3 Tagen Mitteilung zu machen. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb eines Werkes unterbrochen haben, können Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 3, 4 auf die Dauer von 4 Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichsanwalt zugelassen werden. Auf den Werken muß an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel ausgehängt werden, die in deutlicher Schrift die vorstehenden Bestimmungen wieder gibt.

Mit dieser Verordnung sind natürlich die Wünsche der Arbeiter nicht erfüllt. Auch die Regierung selbst glaubt sicherlich nicht, damit allen Anforderungen genügt zu haben. Dazu ist der Eingriff in die Verhältnisse der Großindustrie denn doch zu schüchtern. Wer hier wirkliche Abhilfe schaffen will, muß schon etwas fester zupacken. Aus diesen Gründen vermögen wir in der Verordnung auch nur eine geringfügige Abschlagszahlung zu erblicken, die allerdings insofern ins Gewicht fällt, als es sich um den ersten Schritt auf diesem Gebiete handelt. Wir erwarten, daß gerade durch das im § 2 geforderte Verzeichnis mit aller Deutlichkeit der Beweis erbracht werden wird, daß energiereichere gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter unbedingt getroffen werden müssen, vor allem die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit sich nicht länger hinausschieben läßt.

Die sozialen Zustände auf Sizilien.

Die furchtbare Erdbebenkatastrophe hat jetzt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Insel Sizilien gelenkt. Neben diesem entsetzlichen Elend, das durch das Erdbeben in wenigen Minuten heringebrochen ist, gibt es aber auf der Insel Sizilien noch ein anderes dauerndes Elend, das nicht minder entsetzlich ist als die plötzlich heringebrochene Katastrophe, das Elend, das in den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Zuständen Siziliens liegt. Sizilien, einst die Kornkammer Roms, ist nach und nach in eine für Europa geradezu beispiellose Armut verfallen; die Bevölkerung ist so in Elend und Not verkommen, daß das Fehlen aller Hilfsmittel in der Nähe des Erdbebengebietes die Katastrophe um so größer macht.

Die beste Schilderung über die grauenhaften Zustände hat uns Dr. Bernert in seinem im Jahre 1905 erschienenen Werke über die Insel Sizilien in volkswirtschaftlicher, kultureller und sozialer Beziehung gegeben. Der Verfasser sagt in seinem Bude: „Nirgends in ganz Europa herrscht ein solches Proletariatselend als in dem gesageten sonnenglühenden Hesperienslande“. Und die

Schilderungen, die er gibt, lassen diese Behauptung als vollkommen berechtigt erscheinen. Die große Mehrheit der Bevölkerung nährt sich fast ausschließlich von kleinstem Brot und von Suppen aus Gänsezung. Das die Frauen in den Bergen zusammenjuchen. Fleisch wird ganz selten gegessen. Häufig wird nur ein Tagelohn von 1 Mark bezahlt; vielmehr erhalten die Arbeiter und Tagelöhner noch Naturallöhne, und dann sind die Barlöhne noch niedriger.

It schon das Elend der Landarbeiter und der Tagelöhner sehr groß, so ist das Elend noch furchtlicher bei den Arbeitern in den sizilianischen Schwefelgruben, besonders auch, weil diese Arbeiter moralisch auf einer sehr tiefen Stufe stehen. Das traurigste Kapitel aber ist die übermenschliche Ausbeutung der Kinder in den Schwefelgruben. Die Arbeit der Kinder besteht darin, daß sie das Schwefelgestein — Stücke von ungefähr 40 Pfund — auf steilen Stiegen an die Oberfläche befördern müssen. D.h. sind die Kinder Hilfsarbeiter der Häuer und müssen ihre Arbeiten unter den rohesten Mißhandlungen verrichten. Die Ueberweisung der Kinder an die Häuer geschieht in einem Vertrag, der weiter nichts ist als ein verhängnisvoller Kinderkauf. Die Eltern erhalten bei der Ueberweisung eine gewisse Summe, während den Kindern selbst nur ein schlechter Naturallohn gezahlt wird. Um die Erziehung der Kinder kümmert sich kaum jemand, und so ist es auch nicht verwunderlich, wenn schon die Jugendlichen in großem Umfange zu Verbrechen und zu sittlich verkommenen Menschen werden. Im Jahre 1898 bestand die Bevölkerung Siziliens zu 67 pCt. aus Analphabeten, das waren annähernd 6 pCt. mehr als in Rußland. Entsprechend dieser ganzen kulturellen und sozialen Struktur ist auch die Schule sehr vernachlässigt. Eine Lehrerstelle mit einem Einkommen von 400—600 Lire (340—510 Mk.) gilt schon als ein guter Posten; auf dem Lande erhalten die Lehrer meistens nur einen Tagelohn von 1 Lire (85 Pfg.).

Als eine Folge dieser traurigen Zustände erscheint auch die Entstehung, die weite Ausbreitung und die Machtstellung des Geheimbundes der Mafia. Da es an Ordnung, an sozialem und wirtschaftlichem Schutz fehlt und da die Noth und das Elend der Bevölkerung stets zu Erzfällen neigt, so sucht der Einzelne in der Mafia Schutz vor Verbrechen und Nachteilen. Der eine sucht dies zu erreichen, indem er tätiges Mitglied der Mafia wird, der andere, indem er sich den Schutz der Mafia durch gelegentliche oder durch regelmäßige Abgaben erkaufte. Von den einfachsten Vorkommnissen im wirtschaftlichen und privaten Leben bis zu den wichtigsten öffentlichen Geschäften: überall macht die Mafia auf Sizilien ihren Einfluß geltend. In den letzten Jahren ist ätzend versucht worden, den Einfluß der Mafia durch Einleitung von Projekten zu brechen. So lauge aber keine wirtschaftlichen und sozialen Reformen vorgenommen werden, wird dies kaum gelingen. Vielleicht gibt jetzt die schwere Katastrophe den Anlaß, daß solche wirtschaftlichen und sozialen Reformen eingeleitet werden.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 5. Januar 1909.

Der Beschluß des Zentralrats, wieder ein Adressenverzeichnis des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine herauszugeben, hat lebhafteste Zustimmung gefunden. Mehrere hundert Exemplare sind auch bereits bestellt worden. In einer Beziehung erfährt der Beschluß eine Bemängelung durch den Kollegen Barnholt-Wlm. In einigen Gewerbevereinsblättern regt er auseinander, daß die einzelnen Gewerbevereine auf die Herausgabe eines eigenen Adressenverzeichnisses verzichten möchten; das Adressenmaterial und die bisher für die eigene Ausgabe aufgewendeten Mittel sollten dem Verbandsrat zur Verfügung gestellt werden. Dann ließe sich das Verbandsadressenverzeichnis für die Mitglieder kostenlos herausgeben.

Der Vorschlag Klinge sehr plausibel, aber praktisch ausführbar ist er nicht. Seine Ausführung wäre nur dann möglich, wenn alle Gewerbevereine ihr Adressenmaterial bis Ende Dezember herein hätten und schon Anfang Januar dem Verbandsbureau übergeben könnten. Spätestens Ende Januar könnte sodann das Verbandsadressenverzeichnis herauskommen. Die Adressen kommen aber viel später herein. In einem Verbandsverein finden erst im Januar die Wahlen statt, und vor Ende Februar oder Anfang März sind die Adressen nicht zu haben. Das Adressenverzeichnis des Verbandes kann aber nicht früher endgültig fertiggestellt werden, als bis die Adressen aller Gewerbevereine eingeleistet sind. Darauf können wieder die einzelnen Gewerbevereine nicht warten.

Kollege Barnholt meint es gut mit seinem Vorschlage. Aber er täte besser, jetzt mitzuhelfen, den Beschluß des Zentralrats durchzuführen. Wenn die höchste Stelle der gesamten Organisation gesprochen und entschieden hat, dann verlangt es die Einheit der Organisation, daß sich alle Teile einigartig bemühen, die getroffene Entscheidung durchzuführen. Auch dann,

wenn ein anderer Vorschlag praktischer und leichter ausführbar wäre, — was aber von dem Barnholt schon nicht gesagt werden kann — muß man ihn nach erfolgter Entscheidung zurücklassen, um nicht störend einzuzuwarten. Nicht ist nützlich und notwendig, aber ihr Regu mandelt sich in einen Schaden um, wenn sie zur unrichtigen Zeit erfolgt.

Wir bitten also alle Ortsverbandsauschüsse die Bestellungen der Ortsvereine ihres Vereines zu sammeln, damit Belohnung und Patentrepetition nicht unnützes Porto verschlingen. Jedes Exemplar des Verbandsadressenverzeichnisses kostet für unsere Mitglieder 20 Pfg. An Nichtmitglieder darf das Adressenverzeichnis, um seinen Mißbrauch zu verhüten, nur mit ausdrücklicher Zustimmung des geschäftsführenden Ausschusses abgegeben werden.

Die Novelle zur Gewerbeordnung, soweit sie durch den Reichstag endgültig erledigt ist, d. h. also derjenige Teil, der die Erweiterung des Arbeiterinnen-schutzes betrifft, hat auch die Zustimmung des Bundesrats gefunden. Es darf demnach erwartet werden, daß in diesen Tagen das neue Gesetz im „Reichsgesetzblatt“ zur Veröffentlichung gelangt.

Die offenen und hinterlistigen Versuche gewisser Schamacherkreise, noch in letzter Stunde die Verabschiedung der Novelle zu vereiteln, sind darnach gescheitert. Nun heißt es aber ganze Arbeit machen und auch den Rest der Gewerbeordnungsnovelle, der bekanntlich die Regelung der Heimarbeit in Angriff nimmt, zu erledigen. Jeder wahre Volkstfreund muß in diesem Sinne zu wirken bemüht sein.

Einen Aufruf an die organisierten Bergarbeiter veröffentlichten gemeinschaftlich der Alt Verband, die Polnische Berufsvereinigung und unser Gewerbeverein der Deutschen Bergarbeiter. Es wird darin mitgeteilt, daß der geplante allgemeine Bergarbeiterkongreß für den 31. Januar nach Berlin einberufen ist und folgende Tagesordnung erledigen wird:

1. Einführung von Grubenkontrollleuten, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden;
2. Einführung eines Reichsberggesetzes unter besonderer Beachtung:
 - a) des Bergarbeiterschutzes und Regelung des Strafwesens;
 - b) Einführung der achtstündigen Schichtzeit und
 - c) der einheitlichen Reform des Knappschafstwesens;
3. Verbot und Bestrafung der schwarzen Listensysteme und der dauernden Sperren.

Außerdem werden die organisierten Bergarbeiter aufgefordert, in allen Revieren möglichst bis Mitte Januar die Delegiertenwahlen vorzunehmen, damit die Gewählten rechtzeitig ihre Adresse bei der Organisationsleitung melden können und ihnen die Drucksachen zugestellt, sowie Logis für sie besorgt werden kann. Der Aufruf schließt mit der Mahnung, daß jetzt alles aufgegeben werden muß, um reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz zu bekommen. Deshalb sollen tüchtige und sachkundige Kollegen gewählt werden, die in Berlin frei und offen ihre Meinung und Interessen vertreten.

Der christliche Bergarbeiterverband wird sich an dem Kongreß ebensowenig beteiligen wie an der vorbereitenden Konferenz. Diese ablehnende Haltung hat er in einem langen Schreiben an den Altten Verband zu rechtfertigen versucht. Damit hat sich unseres Erachtens der christliche Verband an der gesamten Bergarbeiterschaft schwer veründigt. Ohne zu prüfen, ob die in dem Schreiben angeführten Gründe stichhaltig sind oder nicht, sind wir der Meinung, daß in dieser Frage alle Bergarbeiterorganisationen gemeinsam hätten vorgehen müssen. Niemals aber war die Gelegenheit, etwas zu erreichen, so günstig wie jetzt. Was die Christlichen mit dem Altten Verbands sonst abzumachen haben, brauchte nicht gerade hier in den Vordergrund gestellt zu werden. Nun, die Bergarbeiter werden sich dieses Verhalten der Christlichen merken.

Einen glänzenden Sieg hat bei den im Dezember stattgehabten Wahlen von Delegierten zur Betriebskrankenkasse unser Ortsverein der sächsischen Straßenreiner zu Berlin davongetragen. Trotz schärfster Agitation von seiten des sozialdemokratischen Gemeindearbeiter-Verbandes gelang es dem Ortsverein, 30 Delegierte durchzubringen, während der Gemeindearbeiter-Verband nur 8 Delegierte erhielt. Damit ist die Zahl der Vertreter des Ortsvereins in der Generalversammlung auf 48 angewachsen, während der Verband nur über 24 Stimmen verfügt. Erfreulich in dem Resultat ist besonders auch der starke Stimmenzuwachs, den wir gegenüber der letzten Arbeiterversammlung zu verzeichnen haben. Es ist dies ein Beweis für die Richtigkeit der Kollegen, die gehörig auf

dem Posten waren. Hoffentlich trägt der Erfolg mit dazu bei, daß auch die noch feststehenden Strafgenossen sich dem Detektivverein anschließen und damit teilnehmen an seinen Bestrebungen, die ritzig und allein auf die Besserung der Arbeitsverhältnisse gerichtet sind.

Arbeiterbewegung. In dem Lohnkampfe im Tischlergewerbe Bremens war das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden. Der vor diesem gefällte Schiedsspruch wurde von den Arbeitern angenommen, von den Unternehmern aber verworfen. Infolgedessen dauert die Aussperrung, von der nicht weniger als 1200 Gesellen betroffen sind, unbeeinträchtigt fort. — Auf dem Stachel-Werk in Mannheim haben sämtliche Arbeiter, die von der Fabrikleitung eine schriftliche Auforderung erhalten haben, die Beschäftigung wieder aufgenommen. Es sollen in der ersten Januarwoche 90 Prozent aller Arbeiter, der Rest bis zum 15. Februar wieder eingestellt werden.

Ein geradezu ungläubliches Vorgehen wird der Verwaltung der Zechen Rabod gegenüber den Hinterbliebenen der bei der Grubenkatastrophe Verunglückten zum Vorwurf gemacht. Von den Geldern, die an diese ausgezahlt worden sind, sollen nach Zeitungsmeldungen die Strafgebühren, die über einzelne der Verunglückten verhängt waren, in Abzug gebracht worden sein. Dieses, sagen wir einmal gelinde, klärische Verfahren, ist zwar bestritten worden; es sind jedoch Beweise genug vorhanden, daß die Grubenverwaltung in dieser Beziehung nicht ganz rein dasteht.

Aber noch ein anderer schwerer Vorwurf wird der Zechenverwaltung gemacht. Diejenigen Arbeiter, die sich erlaubt haben, bestehende Mängel zu rügen, oder sich sonstwie „mißliebiger“ gemacht haben, sind entlassen und den Entlassenen ist auf den neuen Arbeitsstätten gesagt worden, daß man „Stänker und Aufwiegler nicht gebrauchen könne“. Sie flohen also selbstverständlich wieder hinaus, und es ist ihnen nicht möglich, im Bochumer Revier Arbeit zu finden. Ein derartiges Verfahren verdient allerhöchste Verurteilung. Die Leitung der Zechen Rabod hätte wirklich alle Veranlassung den Arbeitern gegenüber recht rücksichtsvoll vorzugehen. Durch diese rigorose Behandlung der Arbeiter vergrößert sich nur die Schuld, die ohnehin schwer genug auf ihr lastet.

Eine kleine Denunziation des Trierer Eisenbahnerverbandes lenkt sich in ihrer letzten Nummer „Die Baugewerkschaft“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter usw. Bekanntlich sind die Christlichen am Werke, den Trierer Eisenbahnerverband zu sprengen, um dann aus den Trümmern einen christlichen Verband zu gründen. Der Vorsitzende des Trierer Verbandes, Herr Peter Moll, hat diesen Bestrebungen der Christlichen bisher energischen Widerstand entgegengeleitet, bis er schließlich durch sein eigenes Verhalten für die christliche Ministerarbeit den Boden lockerte. Um nun die Eisenbahner von Herrn Moll abtrünnig zu machen, wird von den Christlichen kein Mittel als zu schlecht angesehen, und selbst vor Denunziationen schreckt man nicht zurück. So schreibt man das oben erwähnte christliche Blatt:

„Das Schönste leistete sich das Trierer Verbandsorgan in seiner letzten Nummer. Es benutzte die sozialdemokratische Presse als Eideshelfer. An letzter Stelle druckt Herr Moll die böswillig verdrehten und längst richtiggestellten Artikel sozialdemokratischer Blätter zu seiner Rechtfertigung ab. Es ist jedenfalls das erste Mal, daß eine „nationale“ Staatsarbeiterorganisation zu ihrer Rechtfertigung sozialdemokratische Blätter als Kronzeugen ansieht. Herr Moll, der Borkämpfer für katholische Fachabteilungen, Arm in Arm mit der Sozialdemokratie! Gehn nunmehr den Eisenbahnerarbeiten und -Handwerkern noch nicht die Augen auf? Versteht man jetzt allmählich, warum die sozialdemokratische Presse sich des Moll'schen Verbandes so warm annimmt?“

Die gesperrten Sätze sind auch in der „Baugewerkschaft“ gesperrt gedruckt. Wir haben wahrlich keine Veranlassung, für Herrn Moll ins Zeug zu legen. Aber diese Art der christlichen Agitation verdient denn doch niedriger gehängt zu werden. Auf diese Weise nämlich will man nicht nur die Eisenbahner vor dem Trierer Verbandsgrawlich machen, sondern die Absicht ist in erster Linie, auch den Trierer Verband wegen seines Uebelsügens mit der Sozialdemokratie bei der Behörde in Mißkredit zu bringen, ihn zu denunzieren. Es muß wahrlich schlecht um eine Sache bestellt sein, die mit derartig niedrigen Mitteln für sich Propaganda zu machen sucht. Unwillkürlich wird man bei solchen Vorgängen an das bekannte Heine'sche Gedicht erinnern, in welchem es zum Schluß heißt, daß sie alle beide stinken. Die Eisenbahner, welche ihre Interessen wirklich sachgemäß und wirksam vertreten haben wollen, die müssen sich angesichts solcher Vorkommnisse den Hirschen, Dunderstehen Gewerksvereinen anschließen.

Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes haben die preußischen Minister des Handels und des Innern in einem gemeinsamen Erlaß besondere Maßnahmen gegen die in verschiedenen Industriezweigen hervorragende Arbeitslosigkeit empfohlen. Als wirksames Mittel komme dafür in Betracht, daß, ebenso wie von privaten Auftraggebern, vor allem auch von allen öffentlichen Stellen dafür Sorge getragen werde, daß Einschränkungen ihrer Betriebe vermieden werden, daß von ihnen begonnene Arbeiten möglichst in verstärktem Maße fortgeführt und neue umgehend in Angriff genommen und daß Aufträge für späteren Bedarf, wenn irgend anging, auch auf Vorrat erteilt werden. Die Verwaltungen des Staates und des Reiches haben entsprechende Anordnungen bereits getroffen; auch eine Anzahl von Kommunalverwaltungen ist mit derartigen Maßnahmen vorgegangen. Die Regierungen werden nun ermahnt, auch auf diejenigen weiteren und engeren Kommunalverbände, sowie die sonstigen öffentlichen Verbände, die in dieser Beziehung noch zurückstehen, in dem Sinne einzumirken, daß sie ihre gewerblichen Betriebe in vollem Umfange aufrecht erhalten, daß sie Bauten aller Art, Installationen oder sonstige Arbeiter, deren Ausschreibung für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist, wenn irgend anging, schon jetzt in Angriff nehmen.

Jeder den Geltungsbereich der Tarifverträge hat kürzlich das Gewerbegericht Augsburg eine bedeutsame Entscheidung gefällt. Zwischen dem Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für Augsburg und Umgebung einerseits und den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Augsburg, andererseits wurde ein Tarifvertrag für das Baugewerbe in Augsburg und den umliegenden Orten abgeschlossen. In diesem Verträge war als Stundenlohn für die Bauhilfsarbeiter ein Mindestbetrag von 35 Pfg. festgesetzt. Auf Grund dieser Bestimmung klagte der Tagelöhner K. gegen den Maurermeister G. mit der Begründung, er sei vom 3. bis 8. August beschäftigt gewesen; eine Vereinbarung über die Lohnhöhe sei nicht getroffen worden, also gelte die tarifmäßige von 35 Pfg. in der Stunde; demnach habe er noch 1 Mk. 37 Pfg. für 45 1/2 Arbeitsstunden zu fordern, da er nur 32 Pfg. pro Stunde erhalten habe. Der beklagte Unternehmer, der dem Arbeitgeberverband nicht angehört, verweigerte die Nachzahlung mit der Begründung, der Tarifvertrag habe für ihn, da er an dessen Abschluß nicht beteiligt gewesen sei, keine Geltung.

Das Gewerbegericht kam im Gegensatz zu einer Bruntung des Meisters und stützte in der Begründung aus, daß nach der bisherigen Rechtsprechung der Gewerbegerichte die Bestimmungen der Tarifverträge dann als ortsbühliche Arbeitsbedingungen für das ganze betreffende Gewerbe gelten, wenn die Mehrzahl der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in dem betreffenden Bezirk dem Tarifvertrag sich unterworfen haben. Das sei hier der Fall, indem fast alle hiesigen Baugewerbetreibenden und Bauhilfsarbeiter und Maurer den eingangs erwähnten Berufsverbänden angehören. Nach dieser Auffassung, der auch das erkennende Gericht beigetreten sei, gelte der Tarifvertrag für alle Baugewerbetreibende und alle Maurer und Bauhilfsarbeiter in Augsburg und Umgebung, gleichgültig, ob sie den vertragschließenden Organisationen angehören oder nicht. Es könne daher nicht in das Belieben einzelner Arbeitgeber gestellt werden, dadurch sich der Wirkung des genannten Tarifvertrages zu entziehen, daß sie demselben einfach nicht beitreten. Es 'rehe ja dem Arbeitgeber jederzeit offen, durch Sondervereinbarung mit dem Arbeiter die Wirksamkeit der Tarifvertragsbestimmungen außer Kraft zu setzen. Hat er aber, wie es hier unbestritten der Fall sei, solche Vereinbarungen nicht getroffen, so sei auf die tarifmäßige Bestimmung zurückzugreifen.

Das erste Jahr staatlicher Arbeitslosenunterstützung in Dänemark. In Dänemark wurde im Jahre 1907 ein Gesetz angenommen, das eine Beihilfe bei der Unterstützung von Arbeitslosen in Aussicht stellte. Zum Unterschied von dem Center System der Arbeitslosenunterstützung, bei dem der Zuschuß von den Gemeinden geleistet wird, wird in Dänemark der größte Teil des Zuschusses vom Staate geleistet; doch bleibt es den Gemeinden überlassen, dem staatlichen Zuschuß noch einen besonderen Zuschuß zuzufügen. Nach dem Gesetz erhalten in Dänemark alle Arbeitslosen Losen Kassen, so weit die Mitglieder mindestens 50 Prozent Lohnarbeiter sind, einen Zuschuß in Höhe von einem Drittel der von den Mitgliedern der Kassen geleisteten Beiträge, außerdem kann die Gemeinde noch ein Sechstel bewilligen, so daß der Zuschuß insgesamt auf drei Sechstel ansteigt. Die Unterstützung kann gezahlt werden als Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, ebenso auch als Natural- und Mietsunterstützung. Die Aufnahme in eine Arbeitslosenkasse, die auf staatliche und kommunale Unterstützung Anspruch

macht, darf keinem Berufsangehörigen verweigert werden; es haben also auch Richterangestellte Zutritt. Im ersten Berichtsjahre wurden 84 Kassen mit rund 70 000 Mitgliedern anerkannt. Da in der letzten Zeit noch einige Kassen hinzugekommen sind und da die Zahl der gewerblichen Arbeiter in Dänemark auf 200 000 geschätzt wird, so ist bereits jetzt mehr als der dritte Teil der gewerblichen Arbeiter in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert. In 12 Kassen wurden auch Frauen gezählt. Diese Frauen machten 7,6 Prozent der überhaupt gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen aus. Die Unterstützung soll jährlich mindestens 70 Tage ausmachen, nur bei der Klasse der Tagelöhner ist die Unterstützungsdauer auf 50 Tage herabgesetzt. Die Wartegeld zwischen dem Beginn der Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Unterstützung beträgt 6—7 Tage. An Unterstützungen sind in der ersten Berichtsperiode ausgegeben worden 216 000 Kronen von den Arbeitslosenkassen und 150 000 Kronen vom Staate. Für die nächste Zeit wird mit wesentlich höheren Ausgaben gerechnet und für das nächste Jahr ist bereits die Summe von 400 000 Kronen im Staatshaushalt eingelegt worden.

Wer trägt den Rabatt im Kleinhandel? Wenn sich die Käufer freieren, erfahren die Konsumenten die Wahrheit über das Rabattwesen. In Coswig bezeichnet sich eine Firma C. St. als „die billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren und Lebensmittel“ und gibt außerdem noch einen Rabatt von 10 pCt. Die Rabattparveinleiter, die nur 5 pCt. Rabatt gewähren, beschließen nun in der „Eisezeitung“ und in der „Coswiger Zeitung“ eine Warenpreislifte her Firma C. St. und eine ihrer eigenen Geschäfte, wobei sich zeigt, daß die Waren der Firma C. St. nach Abzug des zehnpromzentigen Rabattes noch um 8 pCt. teurer sind als bei den neun anderen Kolonialwarenhändlern, nachdem auch von deren Warenpreisen der fünfprozentige Rabatt in Abzug gebracht ist. Aus diesen Ermittlungen ergibt sich, daß die Firma C. St., um 10 pCt. Rabatt zu geben, 18 pCt. auf den normalen Warenpreis aufgeschlagen hat.

Diese Feststellung haben Rabattparveinleiter gemacht, die natürlich selbst nicht die geringste Gewähre dafür bieten können, daß sie bei einer fünfprozentigen Rabattgewährung nicht noch einen eben so hohen Extraprofit machen.

Die 377. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Kgl. Hochschule für Musik, Charlottenburg, Hardnbergstraße, statt. Es werden mitwirken: Der Erste Männergesangsverein unter Leitung von Herrn Professor Max Stange, Fräulein Anna Gaertner (Sänger), Herr Matthias v. Sebberg (Regitation).

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Dortmund.

Bieberum ist ein Jahr an uns vorübergeflut, ein Jahr, in dem es an Mühe und Arbeit nicht gefehlt hat. Gleich bei Beginn desselben hatten wir mit der Gewerbegerichtswahl zu tun. Wenn unsere Kollegen früher derselben gleichgültig gegenüberstanden, so hat diese letzte Wahl doch gezeigt, daß die Gewerbeleiter dafür mehr und mehr Interesse an den Tag legen. Das Hauptaugenmerk war im Anfang des Jahres besonders auf die Errichtung eines Arbeitersekretariats gerichtet. Leider mußte der Plan noch bis auf weiteres hinausgeschoben werden, weil es nicht möglich war, die nötigen Mittel dafür aufzubringen. Auf die Dauer wird es ohne ein solches Sekretariat nicht gehen. — Die Fier des 40-jährigen Bestehens unserer Organisation wurde am 29. November festlich begangen. Was die Agitation anbelangt, so wurde das Hauptgewicht auf die Kleinarbeit gelegt. Denn es ist eine längst erwiesene Tatsache, daß wir im Industriegebiet, speziell in Dortmund, mit öffentlichen Versammlungen und Mitglieder-versammlungen keine Erfolge erzielen können. Die einzelnen Mitglieder erscheinen kaum, geschweige denn Unorganisierte. Auch die Agitation von Mund zu Mund ist heute bei der noch immer niedergehenden Konjunktur gefährlich für die Kollegen, weil sie leicht aus dem Betriebe hinausgeworfen werden und eine neue Arbeitsstelle suchen, oft sehr schwer hält. Die einzige Möglichkeit, neue Kollegen zu gewinnen, liegt in der Agitation von Haus zu Haus. Zu diesem letzten Mittel hat auch der Ortsverband Dortmund gegriffen. Es wird nun Sache der Ortsvereine und der Mitglieder sein, durch eifrige und unermüdbare Tätigkeit den Ortsverband zu unterstützen und so sorgen, daß wir Fortschritte zu verzeichnen haben.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Zeitungsfrage. Seit dem 1. September haben wir für den erweiterten Bezirk eine gemeinsame Gewerkezeitung geschaffen. Dieselbe soll speziell dazu dienen, die Angriffe unserer Gegner prompt abzuwehren. Gleichzeitig soll sie unseren Mitgliedern zur Belehrung in allen Lebenslagen dienen. Es ist Aufgabe der Hauskassierer und Ausschüsse, dieses Unternehmen fröhlich zu unterstützen. Unsere Bemühungen auf Heranziehung von Gewerksvereinen zu Schöpfen und Geschworenen sind leider vergeblich gewesen.

Gewerkevereins-Teil.

§ Liefermünde. Der Ausschuss des Zentralverbandes der Ziegeleibesitzer Deutschlands hat kürzlich in einer Sitzung beschlossen, die Löhne um 5 pSt. herabzusetzen. Begründet wurde diese Lohnherabsetzung durch den geringen Absatz, die zum Teil erheblich gesunkenen Verkaufspreise und die ungünstigen Aussichten für das Jahr 1909. Auch würde wegen zu großer Vorräte an Steinen der größte Teil der Ziegeleien 1909 gar nicht oder nur in geringem Maße produzieren können. So mühen die Herren die schlechte Geschäftslage aus; denn an den armen darbenenden Arbeiter denkt man nicht. Allerdings wurde in der Sitzung erklärt, es wäre eigentlich unter Berücksichtigung der oben angeführten Umstände eine höhere Lohnherabsetzung nötig gewesen, mit Rücksicht auf die Arbeiter jedoch wollte man sich mit 5 pSt. begnügen. Nun, Kollegen, gegen derartige Maßnahmen gibt es nur ein Mittel, das ist die Organisation. Darum agitiert eifrig unter den Ziegeleiarbeitern. Gerade unter ihnen ist eine Organisation dringend notwendig. Sind doch die Löhne gerade in der Ziegeleibranche bei langer und schwerer Arbeit derartig niedrig, daß damit kaum auszukommen ist. Namentlich im Winter kann der Arbeiter trotz sein, wenn er einen Wochenlohn von 8-12 Mk. erhält, wenn er nicht gar wegen zu großer Kälte und strenger Räte wochenlang hungern und frieren dahin sitzen muß. Darum schließt sich jeder dem Gewerkeverein der deutschen Zieher, Ziegler und Verwandten an, denn nur er ist imstande, die Berufsinteressen der Ziegeleiarbeiter wirksam zu vertreten. Immer und immer wieder muß daran erinnert werden, in welcher schamlosen Weise die Kollegen von Liefermünde und Umgebung, welche im sozialdemokratischen Ziegeleiarbeiterverband organisiert waren, hintergangen worden sind, so daß die Zahlstelle binnen kurzer Zeit von über 1100 auf zirka 15-20 Mann zurückging. Darum nochmals, Ziegeleiarbeiter, hinein in den partei- und kirchenpolitisch neutralen Gewerkeverein. Erst wenn in ihm die große Masse organisiert ist, wird es möglich sein, für die Ziegeleiarbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.

E. L.

deutung des örtlichen Tagelohnes". Gäste herzlich willkommen. — **Fachwissenschaftl. Distrikterklub Berlin.** Büchlerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonnabend, 9. Januar.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8½ Uhr bei Reichert, Bergstr. 69, Versamm. mit Damen. F. D.: Jahresberichte des Schriftführers und Kassierers. Vortrag des Kollegen Gleichauf: „Das Problem der Arbeitslosenversicherung“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8½-10 Uhr Zählabend. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8½ Uhr bei Rabau, Waldstr. 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8½ Uhr Ausschussführung bei Funke, Triftstraße 63. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abds. 8½ Uhr bei Rehfeld, Müstauerstr. 55. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8½ Uhr bei Osw. Berliner, Brunnenstraße 143, 1. Treppe. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8½ Uhr bei Erantow, Schönhauser Allee 65. F. D.: Monatsbericht. Ausgabe der Dultungsbücher. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Die nächste Vereinsversammlung findet erst am Sonnabend, 16. Januar, statt. F. D.: Vortrag des Herrn v. Verlaag über: „Die neuen Steuern und die Arbeiter“.

Leipzig. Deutsche Handelskammerarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Erbenaue, Eigenstraße, statt. — **Evangel. Distrikterklub der Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Jeden Donnerstag, pünktlich abends 8-10 Uhr, Sitzung in der „Palme“, Ritterstr. 12. Gäste willkommen.

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5½ Uhr, im Lokale des Herrn Will. Schulte-Walter, Distrikterklub. — **Wachen (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ecke Hanfemannplatz u. Jülicherstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8½ Uhr drüß, in Hiltmanns Hotel, Wollstr., Distrikterstunde. **Dresden (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sanderbräu Bierzogasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8½ Uhr, statt. — **Hagen a. Umg. (Distrikterklub).** Setzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraße-Ecke. — **Köln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Kolping“, Elftergasse. — **Hamburg (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8½ bis 10½ Uhr, Distrikterschule bei P. Eisenburger, Bahnhofsstraße. — **Wülheim a. Ruhr (Ortsverband).** Sonntag, 10. Januar, nachmittags 5 Uhr Mitgliederversammlung beim Wirt Möller, Sanktstraße 38. F. D.: Ausschusswahl. Vertreterführung fällt aus. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stammgeborene Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Ludwigslund (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterschule im Lokale des Herrn Feiniger. — **Wethöfen (Ortsverband).** Sonntag, 17. Januar, nachmittags 3 Uhr Versammlung beim Wirt Falkenberg in Wandhofen. F. D.: Protokolle. Vorstandswahl. Berichte. Verschiedenes.

Im Laufe des Jahres sind einzelne Veränderungen eingetreten. Der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Görne, ebenso der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Dortmund IV haben sich mit Dortmund I vereinigt. Der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Dortmund mußte trotz der größten Anstrengung des Ortsverbandes auslöschen wieder aufgelöst werden. Neu beigetreten sind der Ortsverein der Bergarbeiter Hörter und der Ortsverein der Bergarbeiter Dortmund II, so daß am Schluß des Jahres dem Ortsverbande 19 Ortsvereine angeschlossen sind.

Die Geschäfte wurden erledigt in 6 Vertreterführungen, 5 Ausschussführungen, 2 Ortsverbandesversammlungen, 1 Bezirkskonferenz der Ortsverbände Dortmund, Schwerte, Witten, Gamen und Hamm und 1 Festversammlung. Wie die Verhältnisse hier liegen, hätten andere Veranstaltungen keinen Zweck gehabt. Was nützen uns Versammlungen, wenn wir keinen Versuch zu verzeichnen haben? Hier muß man wieder auf einen andern Ausweg finden. Und wir meinen ihn gefunden zu haben. Wir sind in die Monatsversammlungen der Ortsvereine hineingegangen, haben Referate usw. gehalten, wodurch die Ortsvereinsführungen bedeutend besser beschult wurden als bisher. Es sind allein vom Kollegen Hendrich 12 Vorträge gehalten worden. Versammlungen und Sitzungen wurden 15 besucht und darin vom Kollegen Böhl 7 Vorträge gehalten; sonstige Versammlungen und Sitzungen wurden 20 von verschiedenen Kollegen besucht.

Wenn die Ortsverbände zur Gründung neuer Ortsvereine angefordert werden, so ist dieses wohl ein ganz außerordentliches. Man muß aber nicht verkennen, daß zur Gründung neuer Ortsvereine zum mindestens aus Kollegen vorhanden sein müssen, die die Geschäfte führen können. Daran aber fehlt es sehr häufig, was Neugründungen sehr erschwert.

So rufe ich den Kollegen für das Jahr 1909 zu: Agitiert und agitiert! Ruht und ruhest nicht, sondern bestrebt mit der Hausagitation! Unterhalt in allen Fällen den Ortsverband, arbeite schon heute für unsere zum Herbst stattfindende Gewerkegewähl, damit wir dieses Mal die doppelte Zahl der Wähler zu verzeichnen haben.

E. W. Iff, Schriftführer.

Ortsverband Striegau.

Die Geschäfte wurden in 12 Vertreterführungen und 6 Ortsverbandesversammlungen erledigt. In einer der letzteren hielt Kollege Lewin einen Vortrag über: „Unsere sozialpolitische Gesetzgebung“. Freunde und Gönner der Gewerkevereine durften an dem Vortrag, welcher am 28. März stattfand, teilnehmen. Der Ortsverband, welchem 8 Ortsvereine angehören, zählte zu Anfang des Jahres 327 Mitglieder, welche Zahl am Schluß des Jahres trotz vier Todesfällen, nur um zwei verringert war. Am 29. März tagte die Bezirkskonferenz mittel-schlesischer Ortsverbände, zu welcher die Agitationsleiter und die Ortsverbände eingeladen waren. Vom Zentralrat war Kollege Lewin erschienen, welcher einen Vortrag über: „Die Zentralisation der Ortsverbände“ hielt. Die Bezirkskonferenz dürfte ihren Zweck voll und ganz erfüllt haben. Als Ort der nächsten Tagung wurde Schweidnitz gewählt. Am 18. Oktober fand hier die Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmal statt, woran sich sämtliche Ortsvereine beteiligten. Dem Kollegen Jahn als Mitglied des Denkmal-Komitees wurde zum Dank für die Mitarbeit der Gewerkevereine (S. D.) das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. An dem am 4. November tagenden Ortsverbandskonferenz in Breslau nahm ein Vertreter teil. Die von Kollegen Jahn geführte Kommission wurde von den Mitgliedern mit Erfolg in Anspruch genommen. Ich schreibe meinen Bericht mit dem Wunsch, daß das neue Jahr unsern Ortsverbände gute Erfolge bringt und unsere Sache ein tüchtiges Stück gefördert wird.

Max Reppich, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Dankagung!

Aus Anlaß des Jahreswechsels sind uns von vielen Ortsverbänden, Ortsvereinen und zahlreichen Verbandskollegen Glückwünsche und zehrenden Zuschriften zugegangen. Wir danken allen Kollegen für diese Aufmerksamkeit und erwidern in herzlichster Weise die Wünsche für eine glückliche Weiterentwicklung unserer Organisation. Berlin, 2. Januar 1909.

Der geschäftsführende Ausschuss

des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

3. A.: Karl Goldschmidt, Vorsitzender.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkevereine, N. O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 6. Januar, Generalversammlung und Vortrag. — **Gewerkevereins-Liebertafel (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde in Verbandslokal der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Moabit.** Freitag, 8. Januar, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Vortrag des Kollegen Wolter: „Die Bedeutung des örtlichen Tagelohnes“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Nur 87 Pfg. pro Quartal

kostet die beliebte, gutredigierte Wochenschrift für Sozialpolitik und nationale Kultur, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldeutsche Kurier“

mit seiner 8 seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. Probenummer gratis durch den Verlag.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, entgegen.

- Elm und Wülheim a. Rh.** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Besprechungskarten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 118 I.
- Wetzlar.** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, Friedrichstraße 86.
- Magdeburg (Ortsverband).** Durchreisende erhalten Ortsverbandsbescheinigung bei D. A. Höpner, Prinzenstraße 28a, II.
- Neckermünde und Umgegend** (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Besprechungskarten bei Otto Gauschow, Altarmünde, Wallstr. 12 und B. B. J. G., Zargelow, Wagenbruchstr. 5.

- W. Glabbach-Rheydt** (Ortsverband). Durchreisende erhalten jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ecke Kirpferstr. und Söfstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofes. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.
- Jauer** (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen P. Kobelt, Hospitalkplatz 6.
- Magdeburg (Handwerker).** 75 Pfennig bei E. Schröder, Katharinenstraße 2/3 II.

Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenen, Compten (mit Musik), Rom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Hft., Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk. C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Bremen und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Distriktsbescheinigung bei Dr. A. K. K. K., Gröbblingen, Seewenstraße 142.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachquartier und Verpflegungstypen hierzu bei Karl Hebel, Heinenstraße 32A I.

Gera, R. J. 2. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcherstraße 5.

Kaaden (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kaaden, Waldertsheweg 71.

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Wölfler, Greifgasse 2, Ecke Oberlauengasse.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

- Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft** v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
 - Volks-Wirtschaftslehre** von Dr. C. J. Kuch. Preis 80 Pfg.
 - Ruher zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung** (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
 - Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen?** Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
 - Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung** (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
 - Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.** Preis gebunden 80 Pfg.
 - Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz.** Preis gebunden 20 Pfg.
 - Arbeitskassenzustand der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906.** Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
- Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder andern Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
- Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
- Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.
- Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.